

Alles, was Recht ist

[zurück zur Übersicht](#)

Verfasst am 31.01.2022 um 16:14 Uhr

Pflichten und Rechte von Vereinsmitgliedern



Frist nicht einhält, befindet sich auch ohne Mahnung im Verzug (§ 286 Abs. 1 Nr. 1 BGB). Die Folge: Es fallen ab dem ersten Tag nach der Satzungsfrist Verzugszinsen von fünf Prozentpunkten über dem Basiszinssatz an.

Umlagen

Viele Vereine erheben Umlagen. Während die regelmäßige Mitgliedsbeitragspflicht die allgemeinen Kosten des Vereins abdeckt, dienen Umlagen in der Regel für einen nicht vorhersehbaren Finanzbedarf oder der Verwirklichung von kostenintensiven Projekten wie dem Ausbau von Vereinsanlagen (siehe Gartenfreund 4/2021). Nach der Rechtsprechung u.a. des

Bundesgerichtshofes muss in der Satzung aber geregelt sein, unter welchen Voraussetzungen und mit welcher Höchstgrenze eine Umlage anfallen kann. Der Hintergrund: Jedes Mitglied soll bei Eintritt erkennen können, ob und in welcher Höhe Umlagen erhoben werden könnten. Nur in engen Grenzen kann die mitgliederschaftliche Treuepflicht dazu verpflichten, auch ohne Satzungsgrundlage eine einmalige Umlagepflicht hinzunehmen. Das Mitglied hat dann aber ein Recht zum Austritt aus dem Verein, so der Bundesgerichtshof 2007.

Auskunftsrechte

Was passiert mit den Beiträgen und Umlagen, wie werden diese verwendet? Viele Mitglieder interessieren sich zu Recht dafür. Nach der Rechtsprechung ist der Vorstand über alle wesentlichen und tatsächlichen Verhältnisse des Vereins auskunftspflichtig (§ 666 BGB). Daraus folgt auch die Rechenschaftspflicht mit der Zusammenstellung von Einnahmen und Ausgaben. Die Rechenschaftspflicht umfasst in der Regel die Aufzeichnung von Einnahmen und Ausgaben und ist den Mitgliedern auch zugänglich zu machen. Kommt er dieser Pflicht nicht nach oder verschweigt er wesentliche finanzielle Angelegenheiten, kann sich der Vorstand nicht auf einen Entlastungsbeschluss berufen.

Die Auskünfte sind in der Regel in der Mitgliederversammlung zu erteilen: Anerkannt ist insbesondere, dass Mitglieder Auskünfte über die Verwendung von Vereinsmitteln (Landgericht Stuttgart), die Aufwandsentschädigungen für Funktionsträger (Bundesgerichtshof) oder gesellschaftsrechtliche Beteiligungen des Vereins (Kammergericht) verlangen können. Aber auch außerhalb der Mitgliederversammlung kann ein berechtigtes Interesse an einer Auskunft bestehen, wenn keine überwiegenden Geheimhaltungsinteressen des Vereins entgegenstehen. So können Mitglieder Einsicht in Geschäftsberichte (Landgericht Mainz) oder Auskünfte über die Mittelverwendung (LG Stuttgart) verlangen. Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser – das gilt auch im Verein. Und für Vorstandsmitglieder ist eine transparente und umfassende Information über die Finanzen die Sicherheit, dass der Entlastungsbeschluss eine spätere Regressnahme verhindert.

Sven Kohlmeier, Rechtsanwalt

Rechtsanwalt Sven Kohlmeier ist u. a. spezialisiert im Vereinsrecht. Auf www.vereinsjurist.de betreibt die Kanzlei ein Portal mit Informationen und News über das Vereinsrecht. Über ausgewählte Themen schreibt er für die Verbandszeitschrift ‚Berliner Gartenfreund‘.

Alles, was Recht ist

[zurück zur Übersicht](#)

Verfasst am 31.03.2022 um 14:43 Uhr

Alle sollen mit anfassen

Pflichtarbeitsstunden: Wer sie leisten muss und wann man befreit werden kann



Mitgliederpflichten im Verein. Das Bundessozialgericht sieht es zum Beispiel als Mitgliederpflicht an, wenn Hilfe beim Auf- und Abbau eines Festzeltes verlangt wird. Dies kann auch ohne ausdrückliche Satzungsgrundlage erfolgen.

Altersregelungen und Ersatzleistungen

Insbesondere ältere Kleingärtnerinnen und Kleingärtner sind oft nicht in der Lage, die Arbeitsstunden zu erbringen. Es gibt keinen Anspruch des Vereins, dass die Arbeitsleistung in einer bestimmten Qualität erfolgt. Auch langsame Arbeit würde die Verpflichtung erfüllen. Dagegen dürfte das bloße Herumstehen und Fachsimpeln keine Leistungserbringung darstellen. Zulässig wäre jedoch eine Satzungsregelung, wonach Mitglieder ab einem bestimmten Alter oder mit gesundheitlichen Einschränkungen von der Ableistung der Dienste freigestellt werden. Auch hier gilt: Ein Vorstandsbeschluss reicht nicht aus, um die Pflichten aus der Satzung und die prinzipielle Gleichbehandlung der Mitglieder einzuschränken.

Können Mitglieder die Leistung nicht mehr erbringen, so ist vielfach ein finanzieller Ersatz vorgesehen. Sofern dieser in der Höhe angemessen ist, halte ich solche Regelungen für zulässig. Für einen Kleingartenverein erscheint ein Betrag zwischen 5 und 20 Euro pro nicht geleisteter Arbeitsstunde angemessen – aber es kommt immer auf den Einzelfall an. Je nach Satzungsregelung erfolgt die Festlegung des Betrages in einer Ordnung oder per Beschluss der Mitgliederversammlung.

Auch Funktionsträger sind verpflichtet

Die Verpflichtung zu Arbeitsstunden besteht auch für Vorstandsoder Gremienmitglieder. Sie können sich grundsätzlich nicht selbst von der Ableistung befreien, weil sie ehrenamtlich viel für den Verein arbeiten. Die Tätigkeit als Vorstand erfolgt in der Regel ohne Vergütung (siehe Gartenfreund 2/21), es sei denn, es gibt eine eindeutige Satzungsgrundlage. Die Befreiung des Vorstandes von Arbeitsstunden ist daher nur mit aus-drücklicher Regelung in der Satzung zulässig. Ansonsten wäre dies ein Satzungsverstoß, der im schlimmsten Fall abgabenordnungsrechtliche (Stichwort Gemeinnützigkeit) oder sogar strafrechtliche (Stichwort Untreue) Folgen haben kann.

Was gilt für Nichtmitglieder?

Satzungsgemäße Pflichten können immer nur von den Mitgliedern verlangt werden. Tritt also ein Mitglied aus dem Verein aus oder wird ausgeschlossen, endet auch die Verpflichtung zu Arbeitsstunden. Die Leistung kann in diesem Fall auch nicht über „Umwege“ verlangt werden, z.B. in Form einer Nichtleistungsabgabe. Jegliche Verpflichtungen des Vereins gegenüber Dritten bedürfen einer rechtlichen Grundlage, entweder durch Satzung oder durch Vertrag. Daher ist es üblich, dass sich Verpächter in den Pachtverträgen vorbehalten, bei Beendigung der Mitgliedschaft eine „Verwaltungspauschale“ zu erheben, da Nichtmitglieder keine Beitrags- und Arbeitspflichten mehr gegenüber dem Verein zu erfüllen haben. Auch können Nichtmitglieder freiwillig durch Vertrag bestimmte Pflichten wie die Ableistung von Arbeitsstunden gegenüber dem Kleingartenverein übernehmen. In einigen Fällen ist die Verpflichtung zur Mitwirkung an Gemeinschaftsaufgaben aber auch im Unterpachtvertrag festgelegt. Sie behält dann auch nach dem Austritt des Kleingärtners aus dem Verein ihre Gültigkeit.

Als Gegenleistung kann z.B. der Zugang zu vereinseigenen Einrichtungen wie dem Vereinsheim gewährt werden. Rechtlich problematisch dürfte es allerdings sein, ein Mitglied aus dem Verein auszuschließen und dann die Ableistung von Arbeitsstunden im Gegenzug für eine bestimmte Vereinsleistung zu verlangen. Wer aber selbst aus dem Verein austritt, hat keinen Anspruch auf Nutzung der vereinseigenen Einrichtungen (siehe Gartenfreund 9/20).

Sven Kohlmeier, Rechtsanwalt in Berlin, spezialisiert im Vereinsrecht, schreibt für den Verlag W. Wächter (Berliner Gartenfreund).